



näher am Menschen.

Ortsverband

97528 Sulzdorf. a.d.L.

Protokoll

über die Vorstandssitzung

Am Mittwoch, 25.1.2006 fand um 19.30 Uhr im Nebenraum des Gasthauses „Zur Rose“ in Sternberg eine Vorstandssitzung des CSU-Ortsverbands Sulzdorf a. d. L. statt. An dieser nahmen teil: 1, Vorsitzender Klaus Ebert, die 2. Vorsitzenden Klaus Rothenhöfer-Sturdza und Udo-Peter Schad, Kassier Heinrich Börger, Schriftführer Reinhold Albert sowie die Beisitzer Udo Schad und Dieter Kriegsmann. Entschuldigt fehlten die übrigen Vorstandsmitglieder.

Vorsitzender Ebert begrüßte und eröffnete die Zusammenkunft.

TOP 1: Terminplanung 2006

Im Jahr 2006 stehen beim CSU-Ortsverband Sulzdorf u. a. folgende Termine an:

- Politischer Frühschoppen mit MdB Dorothee Mantel an einem Maisonntag im Gasthaus „Zur Rose“ in Sternberg. Beginn 10 Uhr. Sobald der Termin feststeht, wird er bekannt gegeben.
- Jahreshauptversammlung des CSU Ortsverbands am 19.3.2006, 19 Uhr, im Gasthaus „Zum Bayernturm“ in Zimmerau. Eingeladen werden neben den Mitgliedern insbesondere Kreisvorsitzender Dr. Bernd Weiß, Landrat Thomas Habermann und stv. Landrat Kurt Mauer.
- Vortrag über Patientenverfügung etc. von Frau Stähler-May von der Hanns-Seidl-Stiftung am Donnerstag, 6.4.2006, 19.30 Uhr, im Sportheim Sulzdorf.
- Im September ist ein politischer Frühschoppen mit Landrat Thomas Habermann in Serrfeld geplant.
- Am 31. Oktober 2006 wird erneut ein Kesselfleischessen veranstaltet.
- Hinzu gesellen sich die traditionellen CSU-Stammtische.

TOP 2: Vorbereitung Jahreshauptversammlung

Bei der Vorstandssitzung wurde der Ablauf der Jahreshauptversammlung im März besprochen. Der Vorsitzende wird noch in Abstimmung mit Herrn Heide von der CSU-Geschäftsstelle abklären, ob Ehrungen langjähriger CSU-Mitglieder anstehen. Ebert wird in seinem Tätigkeitsbericht auf die vielfältigen Aktivitäten des Ortsverbands hinweisen. Schriftliche Einladung ergeht an alle Mitglieder unmittelbar vor der Versammlung.

TOP 3: Aktuelle Infos aus der Ortsvorsitzendenkonferenz in Rappershausen

Am 14.1.2006 fand in Rappershausen eine Konferenz der Ortsvorsitzenden des Landkreises Rhön – Grabfeld statt. Es wurde insbesondere die Situation der CSU nach den Koalitionsverhandlungen in Berlin behandelt. Klaus Ebert gab einige Internas bekannt und versicherte, dass die CSU auch künftig bei Wahlen sehr gut aufgestellt sein werde.

Angesprochen wurde insbesondere auch das Fördergefälle, nicht nur an der Grenze zur Tschechischen Republik, sondern auch entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze (aktuelles Beispiel: Fa. Köberlein in Bad Königshofen).

TOP 4: Rückbetrachtung zum politischen Frühschoppen mit MdL Dr. Bernd Weiß

Mit 35 Gästen war der kürzlich stattgefundenene politische Frühschoppen mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Bernd Weiß im Gasthaus „Zur Krone“ in Sulzdorf ausgezeichnet besucht. Der Referent zeigte sich nach Angaben des 1. Vorsitzenden Klaus Ebert sehr angetan über die Veranstaltung und versicherte weiteren Einladungen gerne Folge zu leisten.

TOP 5: Aktueller Stand in Sachen Kläranlagen

Auf überaus positive Resonanz stieß der am Sitzungstag in der Mainpost, Ausgabe Bad Königshofen, veröffentlichte Leserbrief des 1. Vorsitzenden Ebert in Sachen Hugel. Mit Verwunderung wurde zur Kenntnis genommen, dass dieser von der Redaktion erneut gekürzt wurde. Insbesondere wurden Äußerungen des Haßberge-Landrats Rudolf Handwerker, die dieser in einer Ausgabe des „Bote vom Hassgau“ veröffentlichte, gekürzt. Der ungekürzte Leserbrief ist deshalb als Anhang dem Protokoll beigelegt.

Verärgert zeigten sich die Vorstandsmitglieder über die Berichterstattung aus dem Gemeinderat in der örtlichen Presse. Wichtige Passagen, wie die Feststellung Hugels, er könne die Auflagen des WWA nicht erfüllen und die gleichzeitige Aufforderung des Rechtsanwalts Hofmann-Hoeppel, diesem den Auftrag zu entziehen, würden mehr oder weniger unterschlagen. Die Gemeinderäte seien gefordert, diese Berichterstattung massiv zu kritisieren. Der Zeitungsreporter sei nicht das Sprachrohr des Bürgermeisters bzw. der sog. Bürger für Bürger, sondern sei einer neutralen Berichterstattung verpflichtet.

Apropos Berichterstattung. Seltsam mutet an, dass in der Ausgabe Bad Königshofen am 21.12.2005 ellenlang und mit zwei Bildern über ein völlig einseitige, noch dazu schlecht recherchierte Reportage im ZDF-Wirtschaftsmagazin „Wiso“ über die Kläranlage in Rabelsdorf berichtet wird. Die Stellungnahme des Haßberge-Landrats Handwerker zu dieser Sendung im „Bote vom Hassgau“ wurde aber unverständlicherweise in der Bad Königshofener Ausgabe der Mainpost nicht veröffentlicht. Sollte im Lokalteil weiterhin so einseitig berichtet werden, wird der CSU-Ortsverband bei der Chefredaktion des Mainpost in Würzburg Beschwerde einlegen, waren sich die Vorstandsmitglieder einig.

TOP 6: Fahrt zum politischen Aschermittwoch

Der Vorsitzende informierte, dass seitens des Kreisverbandes ein Bus zum politischen Aschermittwoch nach Passau fahren wird. Anmeldungen nimmt er entgegen.

TOP 7: Sonstiges

Auf harsche Kritik stieß die Erhöhung der Abwassergebühren in der Gemeinde Sulzdorf um sage und schreibe 50 %, nämlich von 2,15 Euro je cbm auf 3,30 Euro. In der Gemeinde Sulzdorf sei in Sachen Kläranlagen nichts getan, außer unsinnige Ausgaben für Rechtsanwälte verauslagt worden. Trotzdem zahle man mit die höchsten Einleitungsgebühren in Rhön – Grabfeld. In Bad Königshofen würden 1,95 Euro je cbm bezahlt, in Alsleben bzw. Trappstadt 2,15 Euro, in Herbstadt 1,35 €. Während diese alle neue und vor allem funktionsfähige Anlagen hätten, liegen die Anlagen in der Gemeinde Sulzdorf im Argen, weil man partout nicht einsehe, dass ein Planer, der laut Aussage von Landrat Handwerker noch keine einzige Anlage gebaut habe, die genehmigt sei, nicht in der Lage ist, für eine ordnungsgemäße Abwasserreinigung zu sorgen.

Aus welchem Grund der Gemeinderat diese Erhöhung beschloss, ist unbekannt, weil die Entscheidung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung fiel. Erzürnt war man über die völlig unzureichende Informationspolitik der Gemeinde. So gehe es nicht. Wenn man schon so massiv in die Taschen der Bürger greife, muss man es ausreichend begründen. Ansonsten erzeugt man nur Ärger und Unverständnis.

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 20.45 Uhr.

Sulzdorf a. d. L., 27.01.2006

Reinhold Albert,
Schriftführer

Klaus Ebert,
1. Vorsitzender

ANLAGE:

Klaus Ebert
Schwanhäuser Str. 1
97528 Sulzdorf

18.1.2005

An die Mainpost
Redaktion Bad Königshofen:

Eingesandt

Zum Bericht in der Mainpost KÖN
vom 16.12.2005 (In Sternberg läuft das Abwasser..) und
vom 11.01.06 (Pro)Bürgerwillen endlich umsetzen..

Der Sulzdorfer Kläranlagenstreit (Obereßfeld und Sternberg) geht nun schon ins fünfte Jahr. Die Situation war höchst verfahren, nun zeichnet sich jedoch endlich eine Wendung zum Guten ab: In der Gemeinderatssitzung am 14.12.2005 wurden die Räte über zwei wichtige schriftliche Aussagen informiert. Zum einen war dies ein Schreiben des Kläranlagenplaners Hermann Hugel vom 21.11.05, in dem dieser erklärt: „...so kann ich nach Prüfung die Auflagen des Wasserwirtschaftsamtes **n i c h t** erfüllen ...“. Zum anderen empfahl der von der Gemeinde beauftragte Rechtsanwalt Dr. Hofmann-Hoeppel deshalb am 23.11.2005: „...man solle sich daher von Fa. Hugel verabschieden...“. Leider wurde dies in den o.a. Berichten mehr oder weniger verschwiegen. Der Gemeinderat fasste am 14.12.2005 den Beschluss diesen Sachverhalt an Landratsamt und Wasserwirtschaftsamt zur Prüfung zu geben.

Diese Informationen wurden im öffentlichen Teil der Sulzdorfer Gemeinderatssitzung behandelt, das heißt, sie lagen auch den Vertretern der sog. Bürger für Bürger (ProBürger) vor. Leider wurde dies in der Berichterstattung zur Jahreshauptversammlung der ProBürger mit keinem Wort erwähnt und statt dessen weiterhin die Umsetzung der Hugel'schen Konzepte gefordert. Im gleichen Bericht wurden auch die Vorzüge der Hugel'sche Anlage in Rabelsdorf (Lkr. Haßberge), deren Umsetzung die ProBürger nach wie vor vehement fordern, gepriesen.

Zu dieser Anlage liegt nun eine Stellungnahme des Hassberge-Landrats Rudolf Handwerker vor, die kürzlich im „Bote vom Hassgau“ veröffentlicht wurde. Darin heißt es u.a. Zitat: „...*Es wird der Eindruck erweckt, als würde das Landratsamt durch willkürliches und bürokratisches Vorgehen bürgerschaftliches*

Engagement zunichte machen. Das ist völliger Unsinn... Die Rabelsdorfer Anlage wurde von Herrn Hermann Hugel konzipiert. Von diesem gibt es bisher meines Wissens nirgendwo eine zugelassene Anlage. Während dieser Zeit (Erprobungszeit) wird die Anlage vom Landratsamt nur geduldet und ist noch nicht endgültig genehmigt... Eine Kläranlage muss von ihrer Ausreinigung her um so besser arbeiten, je weniger Wasser der Bach oder Graben führt, in den der Kläranlagenausfluss eingeleitet wird. Der Feuerwehrverein hatte, als die Klärwerte im ersten Jahr des Betriebes nicht stimmten, die Idee, die Einleitungsstelle einfach um 200 Meter bachabwärts zu verlegen. Auf dieser Strecke mündet ein wasserführender Graben ein, so dass die vorgeschriebenen Werte an der neuen Einleitungsstelle voraussichtlich gerade eingehalten werden können. Denn das geklärte Abwasser wird an dieser neuen Stelle nun stärker verdünnt. Diesem Trick, um die geforderten Werte nun doch einhalten zu können, haben wir im Landratsamt zugestimmt.“ Ende Zitat.

Das ist eine, wie ich meine, klare und unmissverständliche Aussage des Landrats. Zusammenfassend lässt sich feststellen: Wir sollten endlich, ähnlich wie in Berlin, alte Zöpfe abschneiden, der Empfehlung des Rechtsanwalts folgen und im Konsens wirkliche Lösungsalternativen suchen. Dies ist weder Aufgabe des CSU-Ortsverbands noch diverser Vereine, wie das Beispiel Rabelsdorf zeigt. Ganz allein der Gemeinderat in Verbindung mit LRA und WWA können genehmigungsfähige Lösung erarbeiten. Da bereits mehr als genug gemeindliche Finanzmittel in Gerichte und Rechtsanwälte investiert wurden, sind schon aus rein finanziellen Erwägungen heraus keine Lösungen aus der genehmigungstechnischen Grauzone mehr mehrheitsfähig. Dogmatische oder gar fundamentale Ansichten kosten nur Geld, das wir nicht haben.

Die Wende ist da. Wir befinden uns in der Gemeinde Sulzdorf in der „Nach-Hugel-Ära“. Ich bin guter Hoffnung, dass wir in Kürze genehmigungsfähige Alternativen vorliegen haben und die Gemeinde Sulzdorf damit endlich aus den Negativ-Schlagzeilen heraus kommt.

Klaus Ebert,

1. Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Sulzdorf a. d. L.

Stellungnahme des Landrates HAS, Rudolf Handwerker im *Orginal-Wortlaut*: (Bitte ggf. auch veröffentlichen)

Auch ein Bürgermeister darf nicht schwarz bauen rabelsdorf (ler)

Das Landratsamt hat gegen den Pfarrweisacher Bürgermeister Herrmann Martin ein Bußgeld verhängt, weil dieser einen Zaun um die Teichkläranlage in Rabelsdorf bauen ließ. Dabei handelte es sich unbestritten um einen Schwarzbau. Zu Vorwürfen und Kritik - teilweise von überregionalen Medien - nimmt Landrat Rudolf Handwerker in einer Presseerklärung Stellung, die wir im Folgenden veröffentlichen:

Es wird der Eindruck erweckt, als würde das Landratsamt durch willkürliches und bürokratisches Vorgehen bürgerschaftliches Engagement zunichte machen. Das ist völliger Unsinn.

Abwasserklärung ist Aufgabe der politischen Gemeinde. Es ist an sich schon problematisch, wenn eine Bürgerinitiative sagt: Wir bauen unsere eigene Kläranlage ohne Zustimmung der Gemeinde. Wenn es sich bei der geplanten Anlage noch dazu nicht etwa um eine bewährte handelt, die sozusagen "vom TÜV abgenommen ist" (in diesem Fall von der Wasserwirtschaft als Fachbehörde), sondern um eine selbstgestrickte, dann fällt der Gemeinde und dem Landratsamt natürlich die Zustimmung schwer.

Die Rabelsdorfer Anlage wurde von Herrn Hermann Hugel konzipiert. Von diesem gibt es bisher meines Wissens nirgendwo eine zugelassene Anlage. Also musste nach dem Bau erst einmal überprüft werden, ob die Anlage die geforderten und notwendigen Klärleistungen erbringt. Feststellen kann man das nur durch die Untersuchung der Klärerergebnisse über einen längeren Zeitraum hinweg. Während dieser Zeit wird die Anlage vom Landratsamt nur "geduldet" und ist noch nicht endgültig genehmigt.

Obwohl die Bürgerinitiative um den Feuerwehrverein Rabelsdorf und den damaligen Gemeinderat Hermann Martin also einen sehr problematischen Weg einschlug, um es ganz vorsichtig auszudrücken, haben wir auf Seiten des Landratsamtes immer wieder versucht zu helfen. So haben wir dafür gesorgt, dass die Rabelsdorfer Anwohner einen Zuschuss für ihre Kanäle bekommen. Wir haben bei der Vereinbarung mit der Gemeinde über den Betrieb der Anlage mitgeholfen, damit sich die Gemeinde Pfarrweisach dann doch hinter das eigenmächtige Vorgehen der Rabelsdorfer stellen konnte. Wir haben schließlich auch den Trick mitgetragen, durch den die Anlage von ihrer Klärleistung her voraussichtlich gerade noch ausreichende Werte erzielt.

Eine Kläranlage muss von ihrer Ausreinigung her um so besser arbeiten, je weniger Wasser der Bach oder Graben führt, in den der Kläranlagenausfluss eingeleitet wird. Der Feuerwehrverein hatte, als die Klärwerte im ersten Jahr des Betriebes nicht stimmten, die Idee, die Einleitungsstelle einfach um 200 Meter bachabwärts zu verlegen. Auf dieser Strecke mündet ein wasserführender Graben ein, so dass die vorgeschriebenen Werte an der neuen Einleitungsstelle voraussichtlich gerade eingehalten werden können. Denn das geklärte Abwasser wird an dieser neuen Stelle nun stärker verdünnt. Diesem Trick, um die geforderten Werte nun doch einhalten zu können, haben wir im Landratsamt zugestimmt.

Etwas ganz anderes war es dann mit dem Bußgeld für Herrn Bürgermeister Martin, das ich erlassen musste, weil er den Zaun um die Anlage ohne Genehmigung bauen ließ. Er kann mir nicht erzählen, dass er als Gemeindeoberhaupt nicht wusste, dass er zum Bau eines Zaunes im Außenbereich eine Baugenehmigung braucht.

Ferner war ihm meines Erachtens bekannt, dass wir im Landratsamt die Genehmigung notfalls sehr schnell erteilt hätten, wenn er es dringend gemacht hätte. So eilig kann das aber nicht gewesen sein, denn das Baumaterial wurde sicher auch nicht an einem Tag beschafft.

Wenn jemand ohne Not "schwarz" baut, muss er ein Bußgeld erhalten. Das sieht das Gesetz vor. Deutschland ist keine "Bananenrepublik", in der jeder machen kann, was er will, sondern ein Rechtsstaat. Alle Bürger müssen unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Stellung gleich behandelt werden. Gesetze und Regelungen gelten Gott sei Dank bei uns für alle - auch für Bürgermeister.